

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
Info@mlpd.de

an:

frauenverband-courage@web.de
courage-geschaefsstelle@t-online.de

Liebe Frauen vom Frauenverband Courage,

am 27. Januar habt ihr der MLPD Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl zugeschickt. Vielen Dank dafür! Leider hat die Antwort zu lange gedauert.

Wir beantworten hier Eure Fragen. Wir haben auch ein ausführliches Positionspapier zu den Bundestagswahlen aktuell auf unserer Homepage veröffentlicht. Ihr findet es unter <https://www.mlpd.de/broschueren/wahlprogramm-bundestagswahl-2025>

Herzliche und solidarische Grüße,

Julia Scheller, Frauenpolitische Sprecherin der MLPD

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie um die Situation in den Kita`s und Schulen zu verbessern?

Befürworten Sie die kostenlose Betreuung in den Kita`s?

Antwort MLPD:

Während die Herrschenden nach dem feigen Anschlag auf Kinder in Aschaffenburg ein riesiges Geschrei um den Schutz der Kinder machen und eine Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und Migranten lostreten, interessiert sie die Zukunft der Kinder ansonsten kaum. So fehlen heute 430.000 Kitaplätze, es gibt Schulen besonders in armen Stadtteilen, die richtig heruntergekommen sind.

Im Positionspapier der MLPD zu den Bundestagswahlen heißt es:

„Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen.“ Dieses Sprichwort stammt aus Afrika und gilt überall: Kindererziehung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die kollektiv wahrgenommen werden muss. Dagegen schieben die heutigen kapitalistischen Gesellschaften die Verantwortung den Familien und darin weiterhin vor allem den Frauen zu, die damit alleine bei bestem Willen überfordert sind. Zumal die gesellschaftlichen Herausforderungen diesbezüglich erheblich komplizierter werden. Die AfD spricht sich offen gegen die gesellschaftliche Wahrnehmung der Verantwortung für Kinder aus. Das Beste für die Kinder sei, wenn sie zuhause bei der Mutter bleiben würden. Also bräuchte man so gut wie keine Kitaplätze für die Kleinen. Sie lehnt auch Kinderrechte in der Verfassung strikt ab. Auch die anderen bürgerlichen Parteien stellen keine Lösung in Aussicht.

Gabi Fechtner, MLPD-Vorsitzende: *„Wir haben tolle Gesetze, dass jedem Kind ab dem ersten Geburtstag ein **Kita-Platz** zur Verfügung stehen muss. Dennoch fehlen 430.000 Kita-Plätze. Die bürgerliche Staats- und Familienordnung lädt weiter auf den Frauen ab, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu managen. Das wird im Kapitalismus ständig erschwert. Im Sozialismus werden gesellschaftliche Aufgaben auch gesellschaftlich gelöst, statt sie auf die Familien und vor allem Frauen abzuwälzen.“* (Rote Fahne, 24/2024)“

Völlig zu Recht fordern die Erzieherinnen bei Verdi 8 % mehr Lohn auf zwölf Monate und mindestens 350 €.

„Warum bekommen Erzieherinnen und Erzieher einen Tausender im Monat weniger als Grundschullehrerinnen und -lehrer? Warum ist die Ausbildung zur Erzieherin immer noch die ersten Ausbildungsjahre meistens unbezahlt? Weil ihre Arbeit zu Unrecht einen niedrigen Stellenwert in der heutigen Gesellschaft hat. Den Kapitalismus interessiert an KiTas vor allem, dass die Eltern arbeiten gehen können. Gegen den Fachkräftemangel muss die Bezahlung verbessert und die Anerkennung von Berufsabschlüssen aus anderen Ländern vereinfacht werden. Für die Einbeziehung von Lehramtsstudierenden in Betreuung und Unterricht.

Völlig zu Recht hat sich eine Bewegung von Eltern, Erzieherinnen und auch Kindern gegen diese „Kitastrophe“ entwickelt, die von der MLPD aus ganzem Herzen unterstützt wird. Wir fordern:

- Kostenloses, einheitliches und qualifiziertes Bildungssystem von der Krippe bis zur Hochschule!
- Bessere Bezahlung, verstärkte Ausbildung und kürzere Arbeitszeiten von Fachkräften für die Kindererziehung!
- Bessere Betreuungsschlüssel statt Schließung von KiTas, wenn die Kinderzahl zurück geht!
- Vollständige Umstellung auf die „Praxisintegrierte Ausbildung“ von Erzieherinnen und Erziehern bei Bezahlung ab dem ersten Lehrjahr!“

Weitere Forderungen der MLPD sind:

- Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit und
- kostenlose qualifizierte Ganztagsbetreuung.

Wir werden im Sozialismus das Bildungssystem revolutionieren. Dazu gehört das Erlernen der Wissenschaft in Verbindung mit praktischer Arbeit und Sport. Theorie und Praxis müssen eine Einheit bilden, statt Leute 13 Jahre auf die Schule zu schicken, die am Ende vielleicht keinen Nagel einschlagen können.

Frage:

Befürworten Sie die Einführung der Kindergrundsicherung?

Antwort MLPD:

Mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland ist heute arm, in manchen Stadtteilen sind es 40-50%. Das ist ein Skandal in einem der reichsten Länder der Welt. Dagegen ist selbst die unzureichende von der Ampel-Regierung vollmundig versprochene Kindergrundsicherung längst zu den Akten gelegt worden. Angesichts der seit 2018 anhaltenden Weltwirtschafts- und Finanzkrise haben die Konzerne und Banken rigorose Streichungen an sozialen Programmen diktiert. 12 Milliarden Euro sollten dafür bereitgestellt werden, tatsächlich gibt es nur 2,4 Milliarden ab 1.1.25. Allein 0,5 Milliarden davon sind für Verwaltungskosten eingeplant. Das ist ein Schlag ins Gesicht für arme Kinder und Familien.

Die MLPD fordert eine Erhöhung aller Sozialgelder, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Wenn in Familien für jeden Erwachsenen 1.250 Euro Mindestsicherung zur Verfügung stünden, ein kostenloses Bildungssystem von der Krippe bis zur Hochschule inklusive kostenloser Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen, sowie kostenlose Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, dann wären das wichtige Schritte im Kampf gegen die wachsende Kinderarmut.

Allerdings müssen alle sozialen Zugeständnisse hart erkämpft werden müssen. Denn es gibt weltweit einen starken Gegentrend. So gib es weltweit die Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben. Trump, der einen faschistischen Umbau des Staates betreibt, hat von anderen NATO-Staaten gefordert, 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dafür auszugeben. Das wirkt in Deutschland wie ein Brandbeschleuniger, eine Partei nach der anderen schließt sich

dem an. Habeck hat jetzt gefordert zumindest 3,5 Prozent dafür einzusetzen. Die Faschistin Alice Weidel von der AfD, die angeblich so nah bei den kleinen Leuten ist, sagte, sie sei für 5 Prozent, aber wenn es mehr wird, sei sie auch dafür.

5 Prozent hört sich nicht so viel an. Aber die Rüstungsausgaben werden ja aus dem Haushalt bezahlt und gehen nicht einfach vom Bruttoinlandsprodukt ab. 5 Prozent Rüstungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wären 45 Prozent aller Ausgaben des Staates, die dann für Rüstung und Militär ausgegeben würden. Und woher wird das Geld kommen? Es wird garantiert nicht von den Konzernen und Superreichen geholt, So lehnt die AfD eine Vermögenssteuer ab, will die Erbschaftssteuer abschaffen usw. Die gigantischen Beträge für Hochrüstung werden die Regierenden bei den kleinen Leuten holen!

Das Kindergeld wurde um fünf Euro erhöht – aber welche Frau soll bei der Inflation ihr Kind dadurch besser versorgen können?

Wir lehnen es auch ab, dass reiche Familien viel Geld für Kinder bekommen. Über die hohen Steuerfreibeträge können sie bis zu 1.200 € sparen, aber bei Hartz IV wird das Kindergeld angerechnet. Gegen solche Ungerechtigkeit muss hart gekämpft werden. Es ist wichtig, dass die kämpferische Frauenbewegung gestärkt wird und sich mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen, besonders der Arbeiterbewegung, verbindet.

Der bürgerliche Staat wird weniger Geld für soziale Leistungen, für die Frauen und Familien ausgeben. Hier wird künftig ein rigiderer Kurs gefahren werden. Es geht um eine reaktionäre Politik, wo das Geld zugunsten der Großkonzerne und der Hochrüstung und zu Lasten der Massen umverteilt wird.

Wir stehen für einen harten Kampf gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf die Massen, besonders die Familien und Frauen.

Und wir sind für eine sozialistische Gesellschaft, in der nicht die einen vor lauter Reichtum nicht wissen, wohn mit ihrem Geld, und Millionen in Armut leben.

Frage:

Welche Maßnahmen wollen Sie einleiten, damit Frauen und queere Menschen vor Gewalt geschützt werden?

Setzen sie sich für die Abschaffung des § 218 ein?

Antwort MLPD:

Die MLPD setzt sich für den Schutz von Frauen und queeren Menschen vor Gewalt ein. Es ist ein Skandal, dass heute in Deutschland jeden Tag ein Mord an Frauen begangen wird. Oft ist der Hintergrund für Gewalt an Frauen eine faschistische Gesinnung – sie ist ja seit dem Amtsantritt des Faschisten Trump international im Aufwind. Dagegen kämpfen wir und leisten dagegen auch eine Erziehungsarbeit.

Die MLPD ist ein Aktivposten in der kämpferischen Frauenbewegung mit vielen anderen Frauenorganisationen „von Religion bis Revolution“. Dabei kämpfen wir um konkrete Reformen. Wir brauchen z.B. deutlich mehr Frauenhäuser – mindestens 14.000 Plätze aktuell – die vollständig vom Staat finanziert werden sollen, ohne Zuschüsse durch die betroffenen Frauen. Zugleich kämpft die MLPD gegen die Ursachen der besonderen Unterdrückung der Frauen und auch queeren Menschen aufgrund ihres Geschlechts in der kapitalistischen Staats- und Familienordnung.

Im Parteiprogramm der MLPD heißt es grundsätzlich dazu:

„Die vorherrschende ökonomische Abhängigkeit vom Mann, die hauptsächliche Verantwortung für Hausarbeit und Familienführung, die Ketten der bürgerlichen Moral und der Religion sowie der weit verbreitete Sexismus und häusliche Gewalt bilden ein System der besonderen Unterdrückung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft.“

In einer sozialistischen Gesellschaft ist die Befreiung der Frau dagegen Leitlinie und grundlegendes Ziel. Das schließt die Befreiung queerer Menschen von Unterdrückung ein. In unserem

Positionspapier zur Bundestagswahl schreiben wird:

„Die LGBTQI (lesbian, gay, bi, trans, queer, inter) Bewegung gehört zu den Unterdrückten der Welt. Faschisten und reaktionäre Regimes haben sie als eines ihrer Feindbilder auserkoren, verbreiten Homophobie und Transphobie. In manchen Staaten droht Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts gar die Todesstrafe. Der Kampf um sexuelle Selbstbestimmung ist heute Bestandteil der antifaschistischen Bewegung. Die MLPD steht auf der Seite aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, was den Kampf um sexuelle Selbstbestimmung, gegen sexuelle Ausbeutung, Gewalt und Pornografie einschließt. Die MLPD kritisiert zugleich, wenn die sexuelle Orientierung ins Zentrum der Identität – des Denkens, Fühlens und Handelns – gestellt wird, anstatt klassenmäßige Orientierung und Wirken für den gesellschaftlichen Fortschritt.“

Die MLPD fordert:

- Schluss mit der Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen – ersatzlose Streichung des § 218 StGB!
- Kampf gegen alle Formen der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen und Mädchen!
- Stopp der Diskriminierung und Homophobie als Teil der weltweiten Rechtsentwicklung – Für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, für die Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Beziehungen und von Transmenschen!
- Kampf der Prostitution, strenge Bestrafung sexueller Ausbeutung, Gewalt, Pornografie mit und Missbrauch von Kindern und Menschenhandel!
- Nulltoleranz für Sexismus und Pornografie.
- Anerkennung von Asylgründen aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung und eigenständiges Bleiberecht für ausländische Frauen!

Für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gleichstellung der Frauen!

Für die Befreiung der Frau im Sozialismus durch die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus!

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie

1. den Schutz der Flüchtlinge in Europa zu gewährleisten,
2. sich für einen fairen Handel mit den Dritt-Welt-Ländern einzusetzen,
3. die Ausbeutung der Dritte-Welt-Länder zu stoppen,
4. sich für globale Gerechtigkeit einzusetzen,
5. keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern,
6. sich für Friedensgespräche einzusetzen?

Antwort MLPD:

Zu 1.:

Wir wenden uns gegen die Hetze gegen Migranten und Flüchtlinge! Angeblich wären die Geflüchteten an den verschiedensten gesellschaftlichen Problemen schuld. Dabei kostet z.B. im ganzen Jahr das Asylbewerberleistungsgesetz 6 Milliarden – allein im dritten Quartal 2024 haben die DAX Konzerne 36 Milliarden Euro Reingewinn gemacht.

Im Positionspapier der MLPD zur Bundestagswahl heißt es dazu:

„Für das Recht auf Flucht

Der Imperialismus hat eine latente Existenzkrise der Menschheit erzeugt. Sie treibt jetzt und in den nächsten Jahren Millionen Menschen in die Flucht. Sie werden sich ihre Wege bahnen, weil Elend und die Unmöglichkeit zu leben immer größer werden. Niemand wird sie mit Grenz-

zäunen oder Abkommen aufhalten können. Das hat sich in den letzten Jahren erwiesen. Das Kapital jagt für Weltmarktherrschaft und Maximalprofite um die Welt, während die Menschen abgeschottet, bekämpft und wie Schädlinge behandelt werden. Immer schärfere Forderungen und Hetze aus AfD und den anderen bürgerlichen Parteien lösen kein einziges Problem! Sie dienen der Kriegsvorbereitung, für die Flüchtlingshetze eine aufgeheizte sozialchauvinistische Stimmung schaffen soll, dem Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, der Rechtsentwicklung und Faschisierung des Staatsapparat bis hin zum Faschismus.

Deshalb braucht es ein fortschrittliches, ein proletarisches Programm der Flüchtlingspolitik.

Nicht die Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen müssen konsequent bekämpft werden!

Nicht die Flüchtlinge verursachen eine Rechtsentwicklung, sondern die Rechtsentwicklungen zahlreicher Regimes auf der Welt verursachen Flucht.

Die Fluchtursachen liegen im imperialistischen Weltsystem:

Mit der begonnenen globalen Umweltkatastrophe, imperialistischen kriegerischen Konflikten und Kriegen, der Errichtung von faschistischen Diktaturen, verschärftem Konkurrenzkampf der internationalen Monopole um Rohstoffe, Zerstörung der heimischen Landwirtschaft und ihrer Märkte und damit der Existenzgrundlage kleiner Bauern und Fischer.

Der Ukrainekrieg führt mit einer Million Flüchtlinge in Deutschland zur derzeit größten Fluchtbewegung. Sofortiger Stopp des Kriegs in der Ukraine, Imperialisten aus Russland und der NATO raus aus der Ukraine!

Darüber hinaus sind 2023 nur 220.000 Menschen nach Deutschland gekommen, 2016 waren es mit 745.000 mehr als dreimal so viele. Also, Schluss mit der Panikmache! Auch in Afrika sind Kriege einer der Haupt-Fluchtgründe. Die Antwort auf die existentielle Bedrohung der Menschheit durch das imperialistische Weltsystem ist der Kampf für den echten Sozialismus.

Wir verteidigen das Recht auf Flucht. Zugleich unterstützen wir fortschrittliche und revolutionäre Parteien und Organisationen, die in ihren Ländern Überzeugungsarbeit leisten, den Kampf um eine lebenswerte Zukunft im eigenen Land zu führen.

Ohnehin sind die meisten Flüchtlinge Binnenflüchtlinge. Die Hauptlast der Krise der bürgerlichen Flüchtlingspolitik tragen die Massen in den Herkunftsländern. Es gab schon 2013 eine ICOR-Konferenz mit einem Aufruf an die Jugend Afrikas, nicht nach Europa zu gehen, sondern am Kampf in ihren Ländern mitzuwirken. (...)

Kampf der globalen Umweltkatastrophe!

Internationale Hilfe, Sofort- und Schutzmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung von regionalen Umweltkatastrophen, die dort nicht mehr leben können.

Die großen imperialistischen Staaten aus der EU, aus China, den USA oder Russland tragen Verantwortung für die Umweltzerstörung in vielen Ländern Afrikas, Asiens oder Südamerika. Recht auf freiwillige Umsiedlung in lebenswerte Regionen. Anerkennung von Umweltzerstörung als Asylgrund.

Alle europäischen Länder müssen verpflichtet werden, entsprechend ihrer Einwohnerzahl und wirtschaftlichem Gewicht Flüchtlinge nach sozialen Standards aufzunehmen.

Alle europäischen Länder müssen verpflichtet werden, entsprechend ihrer Einwohnerzahl und wirtschaftlichem Gewicht Flüchtlinge nach sozialen Standards aufzunehmen.

Derzeit nimmt nur ein kleiner Anteil der Länder nennenswert Flüchtlinge auf.

Die faschistischen und faschistoiden Regierungen Süd- und Osteuropas tragen besondere Schuld an der Situation. Unwürdige Abschiebeprozesse innerhalb Europas aufgrund der Dublin II-Drittstaaten-Regelungen oder unmenschliche Bedingungen ohne jede Sozialleistungen wie in Italien würden so abgeschafft.

Kampf einer Pseudo-Entwicklungshilfe im Imperialismus, die immer mehr nur zu einer Infrastruktur-Hilfe für den Kapitalexport internationaler Monopole wird. Förderung internationaler

Brigaden und Hilfsprojekte als Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstbefreiung!
Stopp der dreckigen Flüchtlings-Deals der EU mit Tunesien, kein neuer Deal mit der Türkei und keine Finanzierung KZ-ähnlicher Gefängnisse wie in Libyen mit Millionen deutscher Steuergelder.

(...)

Für gleiche politische, soziale und wirtschaftliche Rechte aller dauerhaft in Deutschland Lebenden auf antifaschistischer Grundlage!

Aufteilung der Flüchtlinge auf Bundesländer und Kommunen, die berücksichtigt, dass sie mit ihren Familien oder Communities zusammenleben können und zugleich sinnvoll verteilt werden. Kampf gegen die Abwälzung der Folgen bürgerlicher Flüchtlingspolitik auf die breiten Massen und die Kommunen!

Verbot aller flüchtlingsfeindlichen Hetze und Propaganda!“

Zu 2.: Die MLPD unterstützt die Forderungen nach einem strengen Lieferkettengesetz. Sie ist für einen Schuldenschnitt für abhängige Länder. Allerdings wird es solange keinen fairen Handel geben, so lange imperialistische Staaten das Weltgeschehen beherrschen und ärmeren Ländern dadurch den Takt diktieren können.

Zu 3.: Die Ausbeutung der sogenannten Dritte-Welt-Länder wird man global erst durch eine internationale sozialistische Revolution überwinden können. Solange imperialistische Länder alle Rahmenbedingungen bestimmen, ist das undenkbar, Und sie können das auf Grundlage ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stärke.

Dabei ist es für die MLPD als Partei der Tat sehr wichtig, Hilfe zur Selbstbefreiung zu leisten. Die MLPD hat 2015/16 aktiv die internationalen Solidaritätsbrigaden der revolutionären Weltorganisation ICOR in Kobane/Rojava/Nordsyrien unterstützt. Ca. 170 Brigadistinnen und Brigadisten aus vielen Ländern haben dort gemeinsam mit der kurdischen Bevölkerung ein Gesundheitszentrum aufgebaut, wo bereits 50.000 Babys entbunden wurden. Hier wurden wirklich Fluchtursachen bekämpft.

Die ICOR plant, ein Aufbauprojekt in Gaza zu unterstützen, sobald das möglich ist. Dort soll Hilfe für das Al Awda-Krankenhaus geleistet werden, das total zerbombt ist. Das wird sicher wieder ein überparteiliches Projekt, bei dem wir gerne auch mit vielen Frauen zusammenarbeiten.

Zu 4.: Die globale Ungerechtigkeit nimmt dramatisch zu. Heute besitzen die etwa 2.800 Milliardäre der Welt ein Privatvermögen von unglaublichen 14 Billionen US-Dollar. Und das ist nur ihr Privatvermögen! Dagegen hungern über 700 Millionen Menschen auf der Welt. Enteignete man allein das Vermögen dieser wenigen Milliardäre, könnte jeder Hungernde 2.000 US-Dollar erhalten. Was könnte man erst mit dem Reichtum erreichen, das in den Banken und Konzernen steckt und zuvor von den Werktätigen hart erarbeitet wurde? Das setzt aber eine revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Weltsystems voraus, denn freiwillig werden die Herrschenden nicht auf ihre Pfründe verzichten. Lieber greifen sie zur Waffe des Faschismus, um ihre Macht aufrecht zu erhalten, wie man bei Trump in den USA sieht.

Im Sozialismus kommen die von den arbeitenden Menschen geschaffenen Werte der ganzen Gesellschaft in Einheit mit der Natur zu Gute.

Zu 5.: Die MLPD ist strikt gegen Waffenlieferungen an die Ukraine oder an Israel, das damit einen Völkermord an den Palästinensern verübt. Insgesamt sieht sie das differenziert. Im Parteiprogramm der MLPD heißt es: *„Weg mit den Waffenembargos gegen revolutionäre Befreiungsbewegungen! Kein Waffenexport an reaktionäre Regimes!“*

Zu 6.: Die MLPD tritt für einen sofortigen Waffenstillstand im Ukrainekrieg ein. Sie wendet sich sowohl gegen die Aggression Russlands als auch NATO/Selenskyi und die Bundesregierung.

Dabei vergessen wir nicht, dass die USA der Hauptkriegstreiber auf der Welt ist. Der faschistische US-Präsident Trump verschärft die Weltkriegsgefahr gerade akut. In Deutschland richten wir den Hauptstoß gegen den deutschen Imperialismus.

Man braucht sicher auch Gespräche, um zu solchen Vereinbarungen zu kommen. Gleichzeitig sollte man nicht vergessen, dass Diplomatie und Kriegsführung zwei Seiten imperialistischer Politik sind und eine imperialistische Befriedigung keine gerechte Lösung herbeiführen kann. „Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein!“

Frage:

Wie stehen Sie zu einem Verbot der AfD und/oder einzelner Landesverbände und der Jugendorganisation „Junge Alternative (JA)“?

Antwort MLPD:

Die MLPD fordert das Verbot der AfD und ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative“. Das Verbot ergibt sich aus dem faschistischen Charakter dieser Organisationen, dass sie die reaktionärste und brutalste Form der Herrschaft des Kapitalismus organisieren will, dass sie finanziert wird von Monopolen und mediale Unterstützung von Medienkonzernen wie dem Springer-Konzern bekommt und aus ihre faschistischen Positionen. Dazu gehört die reaktionäre Remigration und die Theorie des „Ethnopluralismus“. Dieser soll einen faschistischen Inhalt verbergen, dass die Menschheit nach angeblichen „Rassen“ getrennt und gespalten werden soll, reaktionäre Hetze gegen andere Völker betrieben wird. Auch die Bezeichnung des 8. Mai 1945 durch Alice Weidel als „Tag der Niederlage“ ist eine faschistische Position – denn daraus lässt sich nur verstehen, dass sie dem Hitler-Faschismus einen Sieg gewünscht hätte. Das Verbot der AfD und JA ist als Umsetzung des Potsdamer Abkommens von 1945 und des darauf aufbauenden Artikel 139 im Grundgesetz sofort möglich. Es besagt: Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!

Im Positionspapier der MLPD zur Bundestagswahl heißt es unter anderem:

„Die MLPD ist aktiv bei den antifaschistischen Protesten dabei und fördert breite antifaschistische Bündnisse. Der antifaschistische Kampf muss jede Arbeit durchdringen. Im Mittelpunkt muss die Überzeugungsarbeit, Aufklärungs- und Bildungsarbeit stehen. Wir brauchen einen intensiven und überzeugenden Kampf um das Denken, Fühlen und Handeln besonders der Jugend. In einer Reihe Länder wurden rechte Regierungen wieder abgewählt bzw. konnten sich gegen Proteste nicht halten. Man kann also auf die Denkweise Einfluss nehmen! Auch aktiver Widerstand ist notwendig.

Keinen Fußbreit dem Faschismus!

Wer AfD wählt, wählt Faschismus! Wer CDU, FDP und BSW wählt, stärkt die AfD! Wer den Faschismus der AfD bekämpfen will, muss die MLPD unterstützen!“

Frage:

Warum sollen die Leistungen bis zu 100 % gestrichen werden, obwohl das Existenzminimum garantiert ist und die Jobcenter nicht in der Lage sind die Menschen in Arbeit zubringen und die Zahlen der Anspruchsberechtigten sich nicht verringern, u.a. weil es nicht genügend und passende Arbeitsplätze gibt und die prekären Arbeitsverhältnisse nicht bekämpft werden?

Wie stehen Sie zur Erhöhung des Mindestlohns auf 15 €?

Antwort MLPD:

Wir sind gegen willkürliche Sanktionen gegen Bürgergeldempfänger.

Das Bürgergeld liegt unter der offiziellen Armutsgrenze und weit unter dem schon zu niedrigen Mindestlohn. Der Angriff auf das Bürgergeld ist Teil der Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf die Arbeiterklasse und die breite Masse der Bevölkerung. Die MLPD tritt mit Montags-

demonstranten, Sozialverbänden und Mieterinitiativen für den aktiven Widerstand gegen diesen reaktionären Kurs ein. Als Sofortforderung tritt die MLPD für den Kampf um Lohnnachschlag ein und organisiert ihn.

In unserem Positionspapier heißt es:

Die Armut muss auf Kosten der Profite bekämpft werden.

- Für drastisch progressive Besteuerung der Großbetriebe, Großverdiener und großen Vermögen!
- Wir fordern: 18 Euro Mindestlohn; Weg mit den Hartz-Armuts-Gesetzen in jeder Form! Unbegrenzte Zahlung des Arbeitslosengeldes I für die Dauer der Arbeitslosigkeit!
- 1.250 Euro Mindestsicherung

Jeder, der arbeiten kann, soll auch arbeiten. Wir sind gegen bedingungsloses Grundeinkommen, für sinnvolle Beschäftigung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen, Umweltschutz und im Sozialen. Schaffung von Arbeitsplätzen, die auch Menschen mit Einschränkungen leisten können.“

Frage:

Wie stehen sie zur höheren Besteuerung großer Vermögen und international agierender Konzerne?

Antwort MLPD:

Die MLPD fordert eine drastische progressive Besteuerung der Großbetriebe, Großverdiener und großen Vermögen! Wir fordern die Senkung der Massensteuern, die heute 65 Prozent der Steuereinnahmen ausmachen.

Wir fordern eine Sozialsteuer von 8 Prozent des Umsatzes zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme, denn die Sozialversicherungskosten sind Lohnbestandteile. Bei der Einführung der 8-Prozentigen Sozialsteuer nach Umsatz der Unternehmen bemessen würden die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen drastisch entlastet. Daneben würde auch die Masse nicht-monopolistischer Betriebe mit hohem Lohnanteil entlastet werden.

Die Kapitalisten drücken Löhne, Renten und Sozialleistungen als lästigen Klimbim, der ihre Profite schmälert. Sie spekulieren an Energie- und Lebensmittelbörsen und verknappen den Wohnraum, um die Mieten zu steigern. Denn sie jagen allen Möglichkeiten hinterher, um ihr Kapital maximalprofitbringend anzulegen. Der verschärften Ausbeutung von Mensch und Natur sagen wir den Kampf an – unsere Perspektive heißt echter Sozialismus, wo die Monopole enteignet werden und der ganze Fortschritt der Menschheit genutzt wird, um die sich verändernden Bedürfnisse der Massen in Einheit mit der Natur eingesetzt wird.

Frage:

Was wollen Sie unternehmen, um den Gender Pay Gap zu schließen?

Antwort MLPD:

In unserem Positionspapier zur Bundestagswahl heißt es:

„Obwohl formal gleichgestellt, wird im Kapitalismus die Masse der werktätigen Frauen doppelt ausgebeutet und werden Frauen insgesamt aufgrund ihres Geschlechts besonders unterdrückt. Sie bekamen 2024 im Durchschnitt 18 Prozent weniger Lohn und 30 Prozent weniger Rente.“

Mehr als 50 % der Frauen, die arbeiten, können von diesem Geld nicht leben. Oft bekommen sie nur eine geringfügige Beschäftigung oder haben Teilzeitjobs usw. Das ist im Kapitalismus auch so vorgesehen und dadurch besteht eine strukturelle Abhängigkeit der Frauen von ihrem Mann.

„Der Kapitalismus hat die Gleichberechtigung der Frau versprochen. Doch die bürgerliche Staats- und Familienordnung ist das unverzichtbare Gegenstück zur Ausbeutung der Lohnarbeit im Kapitalismus. Deswegen ist die doppelte Ausbeutung der Masse der werktätigen Frau-

en und die besondere Unterdrückung der Frau aufgrund ihres Geschlechts im Kapitalismus systemimmanent. (...) Während alle Produkte und Lebensmittel gesellschaftlich produziert werden, wird die Erhaltung und Fortpflanzung der Gattung Mensch weitgehend der Einzelfamilie und damit vor allem den Frauen privat auferlegt. **Die Befreiung der Frau ist dagegen Leitlinie und grundlegendes Ziel der sozialistischen Gesellschaft.**

Frauen stehen heute auf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Familien, die breiten Massen. Sie sind in allen Kämpfen im Gesundheits- und Pflege-, im Sozial- und Erziehungsbereich, im Einzelhandel, in der Automobil-, Zulieferer- und Stahlindustrie unverzichtbarer und teils prägender Teil. Seit 2018 entstanden erstmals in Deutschland gewerkschaftliche Massenkämpfe der Beschäftigten in den vor allem von Frauen getragenen sozialen Berufen unter dem Motto „wir sind mehr wert“. Gegen den Generalangriff auf die Arbeiterklasse in Deutschland Vorwärts zur Arbeiteroffensive – der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse und der Kampf um die Befreiung der Frau gehören untrennbar zusammen.

Für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gleichstellung der Frauen!

Für die Befreiung der Frau im Sozialismus durch die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus!

- Aktive Förderung von Frauen im gesellschaftlichen Leben!
- Kampf gegen alle Formen der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen und Mädchen!
- Kostenlose qualifizierte Kinderbetreuung in Kitas und Schulen und eine Entlastung der Frauen von den Aufgaben der Reproduktion der Arbeitskraft. Warum bekommen Erzieherinnen und Erzieher einen Tausender im Monat weniger als Grundschullehrerinnen und -lehrer? Warum ist die Ausbildung zur Erzieherin immer noch die ersten Ausbildungsjahre meistens unbezahlt? (...) Bessere Bezahlung, verstärkte Ausbildung und kürzere Arbeitszeiten von Fachkräften für die Kindererziehung!
- Gegen Niedriglöhne, Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge – für höhere Löhne und Gehälter, einheitlich in Ost und West! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Herabsetzung des Rentenalters (...) auf 55 Jahre für Frauen (...) – bei vollem Rentenausgleich! Erhöhung des Rentenniveaus auf 70 Prozent des Nettoverdienstes! Keine Besteuerung von Rentenbezügen!
- Weg mit dem Ehegattensplitting!“

Frage:

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dem gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen erreichen?

Antwort MLPD:

Die MLPD tritt für die Einbeziehung der alten, kranken und behinderten Menschen in das gesellschaftliche Leben ein und für volle Übernahme aller Kosten für ein menschenwürdiges Leben durch Monopole und Staat. Das umfasst viele kleine Schritte, von der Förderung behindertengerechter Wohnungen bis zu einer besseren Entlohnung von Beschäftigten in den entsprechenden Werkstätten oder einer Erhöhung des Sozialgeldes.

Finanziert werden soll das alles über eine 8-Prozentige Sozialsteuer, die nach Umsatz der Unternehmen bemessen und nur von diesen bezahlt wird.

In unserem Positionspapier zur Bundestagswahl heißt es dazu: „Die Art und Weise, wie mit alten, kranken und behinderten Menschen umgegangen wird, ist ein untrüglicher Gradmesser für den Charakter einer Gesellschaft. Die MLPD geht dem Übel an die Wurzel. Es ist die kapitalistische Weltanschauung und kapitalistische Logik, die in unverantwortlicher Weise das große Potenzial unzähliger Einzelerkenntnisse für die Gesundheit der Menschen auf der ganzen Welt hemmt.

Wer nicht (mehr) arbeiten kann, wird wie ein lästiger Kostenfaktor behandelt, für den wie selbstverständlich die Familie – und besonders die Frauen – für zuständig erklärt wird.

Doch nach unserer Weltanschauung ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, dass jeder pflegebedürftige Mensch menschenwürdig versorgt wird und sich einen menschenwürdigen Heimplatz leisten können muss. Das ist heute bei Weitem nicht gegeben.“

Dazu heißt es im Parteiprogramm der MLPD:

„Das sozialistische Verteilungsprinzip verlangt, dass jeder nach seinen Fähigkeiten an der gesellschaftlichen Produktion teilnimmt, und garantiert, dass er entsprechend seiner Leistung in die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einbezogen wird und die Gemeinschaft darüber hinaus für Alte, Kranke und Behinderte sorgt.“

Frage:

Welche Umweltschutzmaßnahmen fördert Ihre Partei?

Treten Sie ein für Sofortmaßnahmen, u.a. zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes?

Treten Sie ein für den Ausbau erneuerbarer Energien?

Antwort MLPD:

Wir haben ein sehr umfangreiches umweltpolitisches Sofortprogramm, das wir in dem Buch von Stefan Engel, Monika Gärtner-Engel und Gabi Fechtner „Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen!“ entwickelt haben (<https://www.mlpd.de/literatur/die-globale-umweltkatastrophe-hat-begonnen-1/die-globale-umweltkatastrophe-hat-begonnen>).

Das Programm fasst die wichtigsten Forderungen zusammen, die sich in der bisherigen Diskussion herausgebildet haben. Sie sind keine Utopie, sondern realistisch. Aber in ihrer notwendigen allseitigen Dimension und erst recht in ihrer Gesamtheit sind sie nur in einer vom Profitdiktat befreiten sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Einzelne Forderungen können und müssen schon heute als Sofortmaßnahmen erkämpft werden. Den Kampf darum führen wir als Schule des gesellschaftsverändernden Kampfes, denn:

„Der Kapitalismus funktioniert heute nur noch, indem er die Lebensgrundlagen der Menschheit systematisch zerstört. 2023 kam die MLPD zu dem Schluss: Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen! Ein fortschreitender Prozess der Zerstörung und Selbstzerstörung der Biosphäre ist eingeleitet und läuft inzwischen z.T. unabhängig vom menschlichen Handeln weiter. Die Menschheit befindet sich in einer latenten Existenzkrise.

„Die neue Qualität besteht in dem nun in Gang gesetzten **Prozess der Selbstzerstörung verschiedener Elemente der Biosphäre**, der **gesetzmäßig** nach und nach **alle natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet, untergräbt und schließlich beseitigt.**“ („Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“)

Die Lage ist ernst. Die globale Umweltkatastrophe untergräbt auch die allseitig herausgebildete materielle Vorbereitung der vereinigten sozialistischen Staaten der Welt. In einem Wettlauf mit der Zeit entscheidet sich, in welchem Grad im Sozialismus die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit gerettet werden können. Auch im Sozialismus kann die Einheit von Mensch und Natur nicht unmittelbar wiederhergestellt werden. Doch die MLPD wendet sich entschieden gegen Panik oder Weltuntergangsstimmung. Denn mit dem Sozialismus hat die Menschheit die einzig mögliche Grundbedingung ihrer Rettung selbst in der Hand.“ (aus dem Positionspapier der MLPD zur Bundestagswahl)

Zu den Forderungen der MLPD zählt unter anderem

- Sukzessives und dann vollständiges Ersetzen fossiler Brennstoffe durch regenerative Energien! Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 70 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2030 und klarer Kurs auf Absenkung des CO₂-Gehalts in der Luft auf 350 ppm!
- Rascher Aufbau dezentraler Energiespeicher statt Monstertrassen im Interesse der Energiemonopole! Sofortige Aufhebung der Deckelung erneuerbarer Energien und Behinderung ihrer dezentralen Umsetzung.

- Öffentlicher Personennahverkehr zum Nulltarif. Ersetzung aller mit fossilen Energien betriebenen Verkehrsmittel durch Elektro-, Wasserstoff-, Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge; vorrangiger Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs.
- Stilllegung aller Kraftwerke auf Grundlage fossiler Brennstoffe. Schaffung von Millionen gleichwertiger Ersatzarbeitsplätze im Umwelt-, Pflege-, sozialen und industriellen Bereich.
- Stopp der staatlichen Subventionierung, neuer Staatsschulden und Unternehmenskredite für fossile Industriezweige, umweltschädliche Maßnahmen und überflüssige Großprojekte. Schluss mit dem Merit-Order-Prinzip¹ im Stromhandel. Abschaffung des Handels mit Emissionszertifikaten und der CO₂-Bepreisung.

¹ Merit-Order bedeutet: Die teuerste und damit ineffektivste fossile Stromquelle bestimmt den Strompreis. Das sichert den Energiemonopolen Maximalprofite, bremst den Ausbau erneuerbarer Energien und wälzt die Kosten auf die Stromkunden ab.